

Jugendzentrum erhält Sozialpädagogen-Stelle

Endlich: Im Jugendzentrum wird eine freie Stelle neu mit einer Sozialpädagogin bzw. einem Sozialpädagogen besetzt. Die BALL hat sich angesichts der vielfältigen Beratungs- und Betreuungsaufgaben klar dafür ausgesprochen.



Stadt profitiert von Stadtwerken mit 1.26 Mio. Euro

Die Stadtwerke Barmstedt legten einen sehr guten Geschäftsbericht für das Jahr 2017 vor: Der Gewinn der Stadtwerke betrug nach Steuern 3.29 Mio. Euro, wobei die Übertragung der aufgelösten Stadtnetze GmbH in die Stadtwerke wesentlich zu diesem Ergebnis beigetragen hat. In den Haushalten der Stadt werden 386.000,- Euro abgeführt. Wenn die Konzessionsabgabe von 362.000,- Euro an die Stadt, die Übernahme des Wellenbaddefizits von 269.000,- Euro sowie die hohen Gewerbesteuern von 245.000,- Euro mit berücksichtigt werden, so profitiert die Stadt und damit die Barmstedterinnen und Barmstedter insgesamt von den Stadtwerken in 2017 im Gesamtvolumen von rd. 1.26 Mio. Euro. Oder anders betrachtet: Die städtische Unterhaltung aller Schulen (2017: 1.3 Mio. Euro Zuschuss) erfolgte durch die Stadtwerke.

Kampagne: 12,- Euro Mindestlohn

Die LINKE im Bundestag hat am 13.12.17 und erneut am 30.11.18 die Anhebung des Mindestlohnes auf 12,- Euro pro Stunde beantragt. 12,- Euro sind notwendig, um bei Vollbeschäftigung ein Einkommen über der Grundsicherung zu erzielen. Doch die Anträge wurden von CDU/CSU, FDP, GRÜNEN und SPD abgelehnt. Der Arbeiter*innenausschuss der Gewerkschaft ver.di Hamburg hat jetzt eine Kampagne gestartet, die zum Ziel hat die Anhebung des Mindestlohnes auf 12,- Euro durchzusetzen. Die Petition „12 Euro Mindestlohn – darunter geht gar nichts!“ kann unterstützt werden unter www.change.org/p/angela-merkel-12-euro-mindestlohn-darunter-geht-gar-nichts-12euromindestlohn

Energiekonzerne langen zu:

Ab 1.2.2019 Strom und Gas teurer

Strompreiserhöhung: 7 Prozent

Der lange Zugriff der Energiekonzerne reicht bis nach Barmstedt: Um 7 % steigen in Barmstedt ab 1.2.2019 die Strompreise im Grundversorgungstarif, um 10.5 % beim Heizstrom. Dies beschlossen CDU, FWB, GRÜNE und SPD. Die BALL-Fraktion sowie eine SPD-Stadtvertreterin lehnten diese weitere Belastung der Bürgerinnen und Bürger ab. Obwohl riesige Mengen Strom durch die regenerativen Energien produziert werden, zahlen die Endverbraucher immer mehr. Vier Energiekonzerne haben quasi das Monopol für Energieerzeugung und Eigentum an den Stromnetzen. Bereits vor Jahren kritisierte der damalige Schleswig-Holsteinische Wirtschaftsminister Austermann (CDU) an der Leipziger Strombörse, dass die

Dr. Günter Thiel
Fraktionsvorsitzender



Energiekonzerne dort die Preise künstlich nach oben treiben („Spiegel“ 6.11.2007). Seitdem haben sich die Strompreise für die Verbraucher gut verdoppelt.



Zusätzlich werden die Strompreise durch gestiegene Netzentgelte nach oben getrieben, und diese sind in Schleswig-Holstein ungerecht hoch. Besonders hart treffen die Strompreiserhöhungen Haushalte, die von Arbeitslosengeld II („Hartz 4“) leben, da der Strompreis vom Lebensunterhalt bezahlt wird. Durch die jetzige Strompreiserhöhung ist für Hartz-4-Bezieher schon etwa die Hälfte der ab 1.1.2019 erfolgenden Regelsatzerhöhung

von 8,- Euro monatlich wieder aufgeessen. Es ist nur wenig tröstlich, dass die Barmstedter Stadtwerke nur einen Teil der erhöhten Einkaufspreise an die Verbraucher weiter geben und dass in anderen Städten die Preiserhöhungen vielfach sehr viel höher ausfallen.

Gaspreiserhöhung: 11 Prozent

Um mehr als 11 % steigen die

Arbeitspreise beim Gasbezug ab 1.2.2019. Dies beschlossen CDU, FWB und GRÜNE auf der letzten Stadtvertreteritzung. Sie reichten damit die deutlich gestiegenen Einkaufspreise sowie die gestiegenen Netzentgelte an die Bürgerinnen und Bürger weiter. Die BALL und die SPD in der Stadtvertretung stimmten gegen diese Preiserhöhung. Sicherlich ist es so, dass die Stadtwerke selbst den Preiserhöhungen am Gasmarkt ausgeliefert sind und

nur begrenzten Spielraum zum Auffangen dieser haben. So konnten die Stadtwerke durch geschicktes Einkaufen eine noch stärkere Preiserhöhung verhindern. Auf der anderen Seite lehnt die BALL es ab, faktisch vor Ort für die marktbeherrschenden Energiekonzerne die Gelder reinzuholen und dadurch die soziale Lage vieler Menschen zu verschlechtern.

BALL lehnt Steuererhöhungen ab:

Mieter und Eigenheimbesitzer zahlen mehr

Die Stadtvertretung beschloss am 18.12.2018 mit knapper Mehrheit von CDU, FWB und einem Grünen eine erneute Erhöhung der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer. Gegen die Erhöhung sprachen sich geschlossen und deutlich BALL und SPD sowie eine GRÜNE aus. Durch die Erhöhung der Grundsteuer B werden ab 2019 vor allem Einzelhausbesitzer und Mieter mit rd. 126.000,- Euro und die Gewerbetreibenden mit rd. 49.000,- Euro mehr belastet. Die Mehrheit der Stadtvertretung beugt sich mit ihrem Beschluss dem Diktat der CDU/GRÜNEN/FDP-Landesregierung: Diese schreibt den finanzschwachen Gemeinden wie Barmstedt vor, wie hoch sie die Steuern an-



heben müssen, damit sie einen weiteren Zuschuss zur Stopfung von Haushaltslöchern erhalten. Dieses erpressungsähnliche Gebaren wurde auch schon von den verschiedenen Vorgängerregie-

rungen praktiziert und hat dazu geführt, dass finanzschwache Gemeinden bereits in der Vergangenheit sehr hohe Steuersätze hatten. Die jetzige Landesregierung verlangt eine noch

stärkere Steuererhöhung, und wenn die armen Gemeinden sich dem widersetzen, dann gibt es keine weiteren Finanzausgleichsmittel. BALL-Fraktionssprecher Dr. Günter Thiel begründete das Nein zur Steuererhöhung so: „Wir widersetzen uns dem Diktat der CDU/GRÜNEN/FDP-Landesregierung. Wir lehnen es ab, von Mietern und Einfamilienhausbesitzern die Barmstedt vom Land und Bund zustehen. Wir verlangen, dass die Kommunen genügend Steueranteile vom Land und Bund zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten, und über diese Mittel entscheiden die gewählten Stadtvertretungen frei und eigenständig ohne erpresserische Auflagen. Am Rande: Die weitere Erhöhung der Gewer-

besteuern wird Barmstedt als Standort auch nicht attraktiver machen.“ [dazu auch www.ball-barmstedt.de]

Info-Coupon:

- Ich interessiere mich für die Arbeit der BALL und wünsche weiteres Info-Material.
- Ich bitte um ein persönliches Gespräch.

Name _____
Vorname _____
Straße _____
Einsenden an: Helmut Welk,
Nappenhorn 29 · 25355 Barmstedt

Neue Kita nimmt Gestalt an

Die BALL hat seit dem Jahr 2014 immer wieder auf die Notwendigkeit zur Schaffung weiterer Kitaplätze hingewiesen. Nach langem Ringen beschloss die Stadtvertretung eine neue KiTa im B-Plan 72b (Düsterlohe) zu errichten. Dieser Standort wurde jedoch von der

Heimaufsicht abgelehnt, da die Außenfläche zu klein gewesen wäre. Die BALL schlug daraufhin ein Grundstück im B-Plan 72a

Klaus Kuberzig
Vorsitzender des Ausschusses für Jugend u. Soziales



vor. Dieser Standort ist dann 2018 beschlossen worden.

Mittlerweile ist die Umsetzung in vollem Gange. Die mit dem Grundstück zusammenhängenden Fragen sind weitgehend geklärt. Ein renommierter Verein aus dem Kreis Pinneberg wird die Kita betreiben, in der dann

drei Krippen- und zwei Elementargruppen eingerichtet werden sollen.

Bis dort die ersten Kinder einziehen, wird es eine Übergangslösung im ehemaligen „Papier-Schmidt-Komplex“ in der Berliner Straße geben. Hier sollen im Frühjahr – so der Plan – zwei Krippengruppen eingerichtet werden. Auch dies beschloss die Stadtvertretung im Dezember.



Wer kocht zukünftig für die Schüler?

Nachdem der Schulverein die Trägerschaft für die Mensa an der Gottfried-Semper-Schule in den Sommerferien gekündigt hat, ist die Stadt weiterhin auf der Suche nach einer langfristigen Lösung für die dortige Essensversorgung. Wie bereits in der letzten BALL-Zeitung berichtet, ist der Verein IN VIA aus Hamburg kurzfristig eingesprungen und stellt seit den Sommerferien ein Mittagsangebot für Schüler und Lehrer bereit. Ein Frühstücksangebot gibt es seither leider nicht mehr. Da zum Ende des ersten Schulhalbjahres nicht die von IN VIA gewünschten Essenszahlen erreicht wurden,

wird der Verein die Mittagsversorgung nur dann aufrechterhalten, wenn die Stadt das Defizit finanziell ausgleicht. Einer ersten Schätzung von IN VIA zufolge könnte sich der Betrag bis Ende des Schuljahres auf 15.000 Euro belaufen. Derzeit wird das von



Britt Schölermann
Ausschuss f. Kultur Schule und Sport

IN VIA definierte Ziel von täglich 120 Essen um ca. 40 Essen verfehlt. Der Ausschuss für Kultur, Schule und Sport hat sich im November für die Bildung einer

Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern der Fraktionen, der Schulen und der Verwaltung ausgesprochen, die Ende Januar erstmals tagt. Des Weiteren hat die BALL-Fraktion die Bürgermeisterin in der letzten Stadtvertreterversammlung die Bürgermeisterin Frau Döpke gebeten, zu Fragen bezüglich des Themas Auskunft zu geben (Die Fragen im Detail und vieles mehr finden Sie auf unserer Homepage www.ball-barmstedt.de unter „Aktuelles“)

Die BALL wird sich dafür einsetzen, dass es schnellstmöglich wieder ein Frühstücksangebot an der GSS gibt und die Mittagsversorgung mit gesundem und leckerem

Essen auch über das Schuljahr hinaus aufrechterhalten wird. Um eine Abhängigkeit von externen Trägern und hohe Ausgleichszahlungen durch die Stadt an selbige zu vermeiden, wird sich die BALL für den Betrieb der Mensa durch die Stadt in Eigenregie aussprechen. Eine sehr gut ausgestattete Küche ist bereits vorhanden und kann durch entsprechendes Personal genutzt werden. Die Stadt sollte es sich nicht nehmen lassen, die Kontrolle über die Qualität des Essens und die Kosten für die Schüler zu behalten und hilfebedürftig Familien ein kostenloses Mittagessen für die Kinder zu ermöglichen.

Neuer Standort beschlossen

Am 18.12.2018 fiel in der Sitzung der Stadtvertretung bei sechs Enthaltungen aus der FWB- und der CDU-Fraktion der Beschluss, neue Räumlichkeiten für die Stadtbücherei im ehemaligen „REWE / Stadt-Hamburg-Komplex“ vorzusehen. Die BALL-Fraktion hatte einen entsprechenden Antrag eingebracht. Bereits am 05.11.2018 hatte der Bauausschuss sich dafür ausgesprochen, die neuen Räumlichkeiten durch einen Investor

dort bauen zu lassen und diese dann zu erwerben. Ein klares „Ja“ für eine neue Bücherei hätte es

Henrik Pünner
Hauptausschuss



auch schon in der Stadtvertreterversammlung am 25.08.2018 geben können. Da aber der Standort nicht endgültig geklärt war, wurde zunächst der Beschluss für den

Umzug der Bücherei in neue Räumlichkeiten gefasst. Die jetzt erfolgte Festlegung auf einen Standort kann also durchaus als Erfolg gewertet werden, jedoch einer von vielen, die noch werden folgen müssen. Weitere Änderungsvorschläge werden sicherlich kommen und eine konkrete Umsetzung des formulierten Zielles weiter aufschieben. Die Verwaltung beziffert die zu erwartenden Kosten bei geplanten 650 m² Nutzfläche (zum Vergleich: die

jetzige Bücherei hat 257 m²) auf etwa 1.105.000,- Euro, wobei Spezialtechnik wie z.B. die Belüftung noch nicht enthalten sind. Nach dem Beschluss der Stadtvertretung ist jetzt zunächst der Schul- und Kulturausschuss aufgefordert, den konzeptionell begründeten Raumbedarf festzulegen. Außerdem sollen der Bauausschuss und ggf. der Hauptausschuss die baulichen und kostenmäßigen Details in Orientierung am vorliegenden Kostenrahmen beschließen. Die BALL wird weiterhin ihren Beitrag leisten, dass es bei der Realisierung einer neuen Stadtbücherei voran geht.

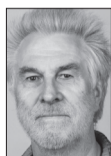
Mehr Fragen als Antworten

Im Bebauungsplan aus dem Jahre 2003 wurden für die Belieferung der Meierei/Käsefabrik max. 125 LKWs pro Tag (250 An- und Abfahrten) genehmigt.

Zehn Jahre später hat die Anwohnerinitiative „Mut zur Vernunft“ zwei Zählungen der LKW-Bewegungen in der Mühlenstraße und auf dem Betriebsgelände der Meierei/Käsefabrik vorgenommen. Beide Zählungen ergaben, dass der im B-Plan genehmigte LKW-Anzahl nicht eingehalten wurde. Außerdem zählte die Initiative die Fahrten bzw. Haltephasen mit ausgeschaltetem Motor und wieder Neustarten auf dem Gelände. Hier ergaben sich bis zu 380 LKW-Bewegungen. Nach der Veröffentlichung dieser Ergebnisse versicherte die Geschäftsleitung der Meierei/Käsefabrik,

dass die Vorgaben von 2003 bezüglich der Anzahl der LKW-Bewegungen trotz gesteigerter Milchmengen immer noch eingehalten werden.

Helmut Welk
Bau- und Umweltausschuss



Auf der Internetseite der Meierei/Käsefabrik werden die Milchmengen sowie die Produktionszahlen für den Absatz von Käse, Butter, Milchkonzentrat und Molkenkonzentrat veröffentlicht. Im Jahre 2005 wurden 423 Mio. kg Rohmilch angeliefert, 2013 waren es bereits 701 Mio. kg und für 2017 veröffentlichte die Meierei/Käsefabrik 957 Mio. kg Milch anliefermengen. Die etwa gleichen Mengen an verarbeiteten Milchprodukten werden ebenfalls wie-

der ausgeliefert. Die Anwohner gehen davon aus, dass die Anzahl der LKW-Bewegungen ähnlich stark angestiegen ist.

Um diesbezüglich eine Klärung herbeizuführen, stellte die BALL-Fraktion folgende Fragen an den Bau-/Umweltausschuss:

- 1) Wer kontrolliert, ob die Vorgaben (bezüglich der LKW-Bewegungen) eingehalten werden?
- 2) Wann wurden die letzten Kontrollen durchgeführt? Mit welchen Ergebnissen?
- 3) Wurde und wird die Stadt über die Kontrollergebnisse informiert?
- 4) Welche Konsequenzen hätte eine Nichteinhaltung der B-Planvorgaben?

Die Stadtverwaltung leitete die Fragen an das zuständige Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) weiter. Im Bau-/Umweltausschuss

wurden die schriftlichen Antworten vorgetragen. Danach überwachte das LLUR im Rahmen von „Vor-Ort-Inspektionen“ die Milchproduktion der Meierei/Käsefabrik. Die letzte Inspektion soll Mitte 2017 stattgefunden haben. Die Stadt werde über die Ergebnisse nicht informiert. Eine täglich vom LLUR genehmigte Milchmenge von 1.800 t werde nicht überschritten. „Ein mehr an LKWs würde ein Abweichen von dem genehmigten Stand darstellen und könnte im Rahmen eines immissionsschutzrechtlichen Ordnungswidrigkeitenverfahrens geahndet werden.“

Aus der windelweichen Beantwortung der Fragen durch das LLUR ergeben sich jede Menge neuer Fragen. Eine Klärung über die tatsächliche Anzahl der LKW-Bewegungen lässt sich letztendlich nur durch offizielle Zählungen herausfinden. Wie lange dies die Mehrheit in der Stadtvertretung noch verhindern kann, bleibt abzuwarten.

AWO-KiTa Wasserläufer: Ausbau beschlossen

Die Stadtvertretung brachte mit einem einstimmigen Beschluss die Sanierung und Vergrößerung der AWO-Außenstelle „Wasserläufer“ im Sporthaus Heederbrook voran. Diese hatte aufgrund räumlicher Mängel nur noch eine Betriebser-

laubnis bis Ende 2019. Jetzt werden die Umkleeräume für den Sportplatz zu zwei KiTa-Gruppenräumen für 40 Kinder umgebaut, im Obergeschoss bleiben zwei weitere Gruppenräume für 30 Schulhortplätze. Umbaukosten: rd. 900.000,- Euro. Die Sportler werden dann die Umkleeräume in der Sporthalle nutzen.

Abwassergebühren steigen stark – nicht für alle

Der AZV (Abwasserzweckverband) erhöht die Benutzungsgebühr für Schmutzwasser zum 1.1.2019 um 8,4 % auf 1,55 Euro/m³. Die Regenwassergebühr steigt gleich um 17,9 % auf 0,46 Euro/m². Nur die Meierei bleibt von einer Gebührenerhöhung verschont und zahlt weiterhin 0,19 Euro/m³ für die „industrielle Abwasserbeiseitigung“. Mehr als fragwürdig ist, dass der Meierei/Käsefabrik die Einleitung ihrer Abwässer in das Regenwassernetz genehmigt wurde, weil diese so sauber seien. Der Hauptskandal aber ist, dass die Meierei lächerliche 0,19 Euro/m³ an Einleitungsgebühr

zahlt, während die Bürgerinnen und Bürger, die ihre sauberen Abwässer nicht in die Regenwasserkanalisation einleiten dürfen, 1,55 Euro/m³ zahlen. Durch die runtergerechnete Sondergebühr für die Meierei gehen dem AZV jährlich einige Hunderttausend Euro an Einnahmen verloren, die für Umweltschutzmaßnahmen oder die Gebührensenkung für die Bürgerinnen und Bürger verwendet werden könnten. Die BALL forderte die Bürgermeisterin auf, als städtische Vertreterin im Abwasserzweckverband sich für eine Beendigung dieser extremen Ungerechtigkeit einzusetzen.

Anliegeranhörung Kampstraße/ Neue Straße nur halb beachtet

Nachdem im September der Ausbau der Kampstraße und der Neuen Straße beschlossen wurde, standen am 18.12.2018 die Abstimmungen über die Bauprogramme auf der Tagesordnung der Stadtvertretung. Zuvor gab es mit den Anliegern der Straßen je eine Informationsveranstaltung. Auf den gut besuchten Veranstaltungen stellte das Planungsbüro den Anliegern noch einmal die unterschiedlichen Fahrbahnausbaumöglichkeiten wie Asphalt, Betonsteinpflaster oder die Neuverlegung mit den vorhandenen Granitsteinen vor. Nach einer eingehenden Diskussion wurden die Anlieger aufgefordert, über den gewünschten Fahrbahnausbau abzustimmen. In beiden Informationsveranstaltungen haben sich über 95 Prozent der anwesenden Anlieger für eine Wiederverlegung mit den vorhandenen Granitsteinen ausgesprochen. Die Hauptargumente dafür waren, dass der historische Charakter der Straßen erhalten bleiben soll und die lange Haltbarkeit des Straßenbelages. Legt man die Kosten für die Verlegung auf die Haltbar-

keitsjahre um, ist diese Variante mit Abstand die kostengünstigste und ökologisch sinnvollste.

Die BALL ist entsprechend ihrer Aussagen vor der Kommunalwahl für den Ausbau der Straßen mit den vorhandenen Granitsteinen eingetreten. Deshalb stellte die BALL in der Stadtvertretung den Antrag die Pflasterung mit den vorhandenen Granitsteinen durchzuführen. Die BALL-Fraktion, die GRÜNEN sowie ein FWB-Stadtvertreter unterstützten diesen Antrag, doch eine Mehrheit von CDU, SPD und FWB übergingen das klare Anliegervotum und stimmten dagegen. BALL-Stadtvertreter Helmut Welk: „Es stellt sich die Frage, warum eine Anliegerbefragung gemacht wird, wenn diese nicht berücksichtigt wird.“ Jetzt soll die Kampstraße mit grauem Betonsteinpflaster ausgebaut werden.

Bei der Beratung und Beschlussfassung über den Ausbau der Neuen Straße schloss sich dann die FWB-Fraktion dem BALL-Antrag an, so dass hier der Ausbau mit den vorhandenen Granitsteinen eine Mehrheit fand.